



öffentlich

Betreff:

Reduzierung der Planungen für das Freizeitbad

Erstellungsdatum 21.11.2005

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2005	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass die Planungen für ein Freizeitbad auf einen Gesamtumfang von maximal 30 Millionen Euro reduziert werden, um das Risiko für die Stadt zu minimieren und die Chancen für die Genehmigungsfähigkeit der Fördermittelanträge durch das Land zu erhöhen.

Es ist ein Neuansatz zu prüfen, der den Bau eines Freizeitbades an einem anderen Standort, z. B. Brache in Drewitz, Fläche am Hauptbahnhof oder Bornstedter Feld beinhaltet. Das Ergebnis ist dem Hauptausschuss bis zum 11.01.2006 vorzulegen.

In die weitere Diskussion sind die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Form unmittelbar einzubeziehen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Angesichts des zunehmenden Zeitdrucks für den Bau eines Freizeitbades am Brauhausberg, der hohen Investitionssumme und unkalkulierbarer Unterhaltungskosten sowie eines absehbaren Konkurrenzdrucks auf schon bestehende Freizeitbäder im Einzugsbereich sollte alternativ zur bisherigen Planung eine deutliche Reduzierung des Vorhabens vorgenommen werden. Das würde die Chancen für die Genehmigung der Fördermittel erhöhen und zugleich die öffentliche Akzeptanz des Vorhabens in der Stadt und im Land erhöhen.

Angesichts der zunehmenden Identifizierung des Niemeyer-Entwurfs mit dem Vorwurf der Verschwendung und des Übermaßes ist allerdings zu befürchten, dass auch eine reduzierte Variante vom Fördermittelgeber nicht akzeptiert wird. Um zu verhindern, dass die Stadt zum Schluss gar kein Freizeitbad erhält, sollte zügig ein Neuansatz an einem anderen Standort geprüft werden.